

NIEDERSCHRIFT
über die Fortsetzung der öffentlichen Sitzung
des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses
vom Dienstag, 02. November 2004
am Dienstag, 23. November 2004

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren die Stadträtinnen Gruber, Hülser (für Stadtrat Schechner M. jun), Rauscher und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer F., Schechner A., und Schechner M. sen..

Entschuldigt waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt und stellvertretender Bürgermeister Ried sowie Stadtrat Schechner M. jun..

Stadträtin Schurer B. war als Gast anwesend.

Von der Verwaltung nahmen Frau Pfleger und Herr Hölzer beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte Bürgermeister Brilmayer daran, dass der kurzfristig zur Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses am 02.11.04 eingegangene Antrag der SPD- Fraktion zur Entwicklung eines Vernetzungskonzeptes für den Bereich Kinder, Jugend und Familie als TOP 12 behandelt werden soll. Der bisherige TOP 12 „Verschiedenes“ wird nunmehr TOP 12 a.

Zu Beginn der Sitzung beanstandete Stadträtin Warg-Portenlänger die Beschlussformulierung zu TOP 6 in der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 02.11.2004. Es sei nicht über den Vorschlag von Bürgermeister Brilmayer, sondern über den schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion, der im Lauf der Beratung hinsichtlich der Notwendigkeit einen gesonderten Kriterienkataloges für die Vermittlung von Eigentumswohnungen auf der Grundlage der Gesamtidée des Einheimischenmodells zu erstellen, modifiziert worden war, abgestimmt worden.

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Niederschrift über die Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 02.11.04 wie folgt zu ändern:

Der bisherige Beschluss zu TOP 6 dieser Sitzung („Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, entsprechend dem Vorschlag von Bürgermeister Brilmayer zu verfahren“) lautet nunmehr:

„Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss stimmte einstimmig mit 9 : 0 Stimmen dem mündlich - hinsichtlich der Notwendigkeit einen gesonderten Kriterienkataloges für die Vermittlung von Eigentumswohnungen auf der Grundlage der Gesamtidée des Einheimischenmodells zu erstellen - modifizierten Antrag der SPD-Fraktion zu.“

Anmerkung der Verwaltung: Der geänderte Beschluss wurde im Originalprotokoll zur Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 02.11.2004 geändert.

TOP 8

Schülerbetreuung;
Bericht zur aktuellen Situation

öffentlich

Stadtjugendpfleger Hölzer berichtete ausführlich über den Betrieb der Schülerbetreuung, die im Herbst in ihr zweites Betriebsjahr gestartet ist. Derzeit werden dort 38 Kinder der Grundschulklassen und 14 Schüler der Hauptschuljahrgänge betreut. An einzelnen Wochentagen wird damit eine volle Auslastung erreicht. Entsprechend den tatsächlichen Erfordernissen liegt der Schwerpunkt der Betreuungsarbeit momentan bei der Hausaufgabenbetreuung. Die Zusammenarbeit mit der Schule wurde im letzten Jahr stetig vertieft und hat sich nun auf hohem Niveau gefestigt. Die Qualität der Einrichtung wird durch das große Engagement der Betreuerinnen garantiert.

Frau Pfleger informierte den Ausschuss über die Bewilligung und Auszahlung von 36.500,00 € aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung Betreuung“ des Bundes für die Einrichtung der Schülerbetreuung. Darüber hinaus konnte das bei Einrichtung der Schülerbetreuung formulierte Ziel, die Kostenbelastung der Stadt auf dem Niveau des vorherigen, alleinigen Betriebes der Mittagsbetreuung zu halten, im ersten Betriebsjahr erreicht werden. Mit einem städtischen Aufwand von ca. 6.500,00 €, von dem noch 6.000,00 € Spende der Fa. MWG Biotech abgezogen werden können, konnte das Ergebnis des letzten Mittagsbetreuungsjahres mit 8.300,00 € sogar unterschritten werden.

Detailfragen aus der Mitte des Ausschusses zum Betriebsablauf in der Schülerbetreuung wurden von Herrn Hölzer und Frau Pfleger direkt beantwortet.

Bürgermeister Brilmayer hob die positive Entwicklung der Einrichtung seit ihrem Start hervor und dankte dem Betreuer-Team für seine engagierte Arbeit. In verschiedenen Wortmeldungen schlossen sich die Mitglieder des Ausschusses dieser positiven Einschätzung an.

Für einen praktikablen Betriebsablauf benötigt die Schülerbetreuung dringend neue Stühle und Tische, da die zu Beginn „geerbte“ Ausstattung mit Wirtshausstühlen und Tischen zum einen zahlenmäßig nicht mehr ausreicht und zum anderen sehr unpraktisch ist. Um noch im laufenden Schuljahr effizient zu sein, muss die Anschaffung dieser Möbel mit einem geschätzten Volumen von ca. 6.000 € möglichst bald geschehen, so dass die Haushaltsberatungen des kommenden Jahres, die vermutlich erst im April ihren Abschluss finden, nicht abgewartet werden können. Stadtjugendpfleger Hölzer bat den Ausschuss um den entsprechenden Auftrag. Auch bei einer sofortigen Bestellung würde die Rechnungsstellung wohl erst im kommenden Jahr erfolgen, so dass die entsprechenden Mittel im Haushalt 2005 eingestellt werden können.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Verwaltung mit der sofortigen Anschaffung der nötigen Stühle und Tische mit Gesamtkosten von ca. 6.000,00 € zu beauftragen. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2005 einzustellen.

TOP 9

BRK-Kinderkrippe;
Bericht zur aktuellen Situation

öffentlich

Die Kinderkrippe des BRK im Kindergarten am Eggerfeld hat am 01.09.2004 ihren Betrieb aufgenommen. In den Sommermonaten wurden die notwendigen Um- und Einbauten durch den Bauhof ausgeführt. Die dabei entstandenen Kosten von ca. 5.100,00 € blieben - Dank der Sparsbereitschaft aller Beteiligten - unter dem ursprünglich geplanten Volumen von 9.000,00 €. Zu Beginn waren elf der zwölf Betreuungsplätze belegt, zwischenzeitlich sind jedoch bereits zwei Abmeldungen erfolgt. Die derzeit drei freien Plätze werden ab Januar wieder belegt sein. Momentan besuchen drei Gastkinder die Einrichtung, für die der gesetzliche kommunale Finanzierungsanteil von den Wohnsitzgemeinden bzw. von den Eltern selbst getragen wird.

Bürgermeister Brilmayer hob den reibungslosen Übergang von der Kindergarten- zur Krippengruppe lobend hervor, der insbesondere der guten Teamarbeit des Betreuungspersonals zu verdanken sei.

Der Ausschuss schloss sich diesem Lob an. Es wurde angeregt die Krippe bei einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses zu besichtigen.

Fragen zum Betriebsablauf und zu den Beiträgen wurden von Frau Pflieger direkt beantwortet.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlussfassung erfolgte nicht.

TOP 10

Kindergärten;
Bericht zur aktuellen Belegungssituation

öffentlich

Frau Pflieger informierte den Stadtrat anhand der Tabelle, die dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt ist, über die derzeitige Belegungssituation in den vier Ebersberger Kindergärten.

Besonders anzumerken war, dass die ausreichende Belegung der Kindergartenplätze teilweise nur durch die Aufnahme von Kindern noch vor deren drittem Geburtstag erreicht werden konnte. Dennoch wird ein Teil der Plätze erst im Laufe des Jahres 2005 besetzt werden. Der Wegfall von 25 Kindergartenplätzen gegenüber dem vergangenen Kindergartenjahr durch deren Umwandlung in eine Krippengruppe konnte demnach ohne Schwierigkeiten verkraftet werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde die Belegungssituation der Kindergärten als sehr erfreulich bewertet. Gleichzeitig wurde angeregt bei der weiteren Planung der Betreuungseinrichtungen den zu erwartenden Zuzug zu berücksichtigen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlussfassung erfolgte nicht.

TOP 11

Kunstsammlung der Stadt;

a) Bericht zu Bestand, Aufbewahrung etc.

b) Beleuchtung des Ausstellungsraumes im Rathausobergeschoß

öffentlich

- a) Im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses wurde die unzureichende Unterbringung der städtischen Kunstsammlung und das Fehlen einer Versicherung für diese Gegenstände bemängelt. Eine Behandlung der Thematik im Kulturausschuss wurde vereinbart.

Bürgermeister Brilmayer berichtete dem Ausschuss welche und wie viele Gemälde die Kunstsammlung der Stadt derzeit umfasst. Frau Berberich, die als Archivarin die Sammlung betreut, erklärte, dass die Gemälde derzeit im Dachgeschoß des Rathauses nicht sachgerecht gelagert seien. Viele wären schon in einem durch unsachgemäße Lagerung schlechten Zustand in den Besitz der Stadt gelangt und sollten nun vor allem in einem klimatisierten Raum, in dem starke Temperaturschwankungen ausgeschlossen werden können, aufbewahrt werden.

Bürgermeister Brilmayer dankte Frau Berberich und Kreisheimatpfleger Krammer für ihre intensiven Bemühungen zur Erweiterung der städtischen Kunstsammlung und wies auf deren hohen Wert hin. Er erklärte, dass in den kommenden Wintermonaten die Lagermöglichkeiten mit dem Bau von entsprechenden Regalen und Stellagen durch den städt. Bauhof verbessert werden würden. Die bestehende Versicherung der Stadt umfasst eine Wiederherstellung oder auch Rekonstruktion beschädigter Gemälde; ein kompletter Verlust würde allerdings nicht ersetzt. Dies könnte nur versichert werden, wenn mit einem enormen Kostenaufwand einschlägige Gutachten über den Wert der Gemälde, der derzeit nicht beziffert werden kann, erstellt würden.

Auf Anfrage erklärte Bürgermeister Brilmayer, dass die Gemälde der Öffentlichkeit immer wieder in sporadischen, wechselnden Ausstellungen zugänglich gemacht werden sollen.

Der Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den städtischen Bauhof zu beauftragen, sich in den nächsten Monaten um die Erstellung von geeigneten Unterbringungsvorrichtungen für die Kunstsammlung zu bemühen und gleichzeitig Möglichkeiten und Kosten für eine Klimatisierung der Lagerräume abzuklären.

- b) Die Beleuchtung des Ausstellungsraumes im Rathausobergeschoß soll in den nächsten Wochen mit weiteren Scheinwerfern ergänzt werden; ein entsprechendes Angebot ist gerade in Vorbereitung. Die Kosten können aller Voraussicht nach durch die Einnahmen aus der Versteigerung privater Gemälde, die vom Stadtarchiv organisiert wurde, gedeckt werden.

TOP 12

Vernetzungskonzept für den Bereich „Kinder, Jugend, Familie“;

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2004 -

öffentlich

In seiner Sitzung vom 04.03.2004 hat der Sozialausschuss einstimmig beschlossen, die Vernetzung des Bereiches Kinder, Jugend und Familie anzustreben. Da in der Ladung zur Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss am 02.11.2004 die Behandlung eines sol-

chen Vernetzungskonzeptes nicht enthalten war, stellte die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 27.10.2004 einen entsprechenden Antrag, den die Ausschussmitglieder in der Sitzung vom 02.11.04 zur Kenntnis erhielten. Er ist dem Protokoll nochmals als Anlage 2 beigelegt.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, dass in der Verwaltung seit der Beschlussfassung im März an den Vorbereitungen eines Vernetzungskonzeptes gearbeitet werde. Der momentane Stand der Arbeiten hätte jedoch aus Sicht der Verwaltung eine Behandlung im Ausschuss noch nicht gerechtfertigt; selbstverständlich werde der Ausschuss nun jedoch über die derzeitigen Ergebnisse informiert.

Frau Pfleger fasste zunächst die Ebersberger Einrichtungen, die zum Bereich Kinder, Jugend und Familie gehören, zusammen. Alle Projekte und Tätigkeiten, die derzeit von der Stadt geleistet werden, wurden ebenfalls in einer Bestandsaufnahme dargestellt. Diese Projekte und Arbeitsfelder – ob in städtischer Hand oder durch private oder soziale Institutionen getragen – werden bereits jetzt vernetzt. Dies geschieht insbesondere durch folgende Maßnahmen:

- Dauernder Kontakt der Stadtjugendpflege zu allen relevanten Stellen und Einrichtungen der Jugendarbeit (z. B. Jugendamt, Brücke, Vereine, Schule)
- Zusammenarbeit der Stadtjugendpflege mit verschiedenen Institutionen in Einzelprojekten (KBW, KJR, Polizei, etc.)
- Dauernder Kontakt des Sachbereiches „Soziales“ zu allen Betreuungseinrichtungen der Stadt
- Kontinuierlicher Austausch zwischen Stadtjugendpflege und Sachgebiet „Soziales“
- Gespräche mit Familien – insbesondere beim Neubürger- und Neugeborenen-Empfang, auch bei Aufnahme in die Schülerbetreuung
- Zukunftsplanung des Kinderbetreuungsangebotes der Stadt in zahlreichen Gesprächen mit den betreffenden Einrichtungen
- Einfließen aller Informationen aus Kontakten und Gesprächen in die Planungsarbeit
- Weitergabe der Informationen aus Kontakten und Gesprächen an die jeweils einschlägigen Stellen und Einrichtungen

Die Verwaltung schlägt vor, diese bereits vorhandenen Arbeitsfelder und Aktivitäten durch die Gründung eines Referates Kinder, Jugend und Familie nach außen deutlicher sichtbar zu machen, damit eine konkrete Anlaufstelle für die Bürger zu schaffen und die Arbeitsbereiche gleichzeitig noch enger zu verknüpfen. Das Referat solle als Erweiterung der Stadtjugendpflege gelten und daneben auch die Arbeit des Sachbereiches „Soziales“ des Hauptamtes umfassen. Mit der Referatsgründung würde die Stadt ein Signal setzen und den Bereich Kinder, Jugend und Familie positiv betonen.

Dieses Referat könnte dann im weiteren Verlauf in Zusammenarbeit mit Bürgermeister und Jugendreferenten der Stadtratsfraktionen ein Vernetzungskonzept entwickeln. Damit sollten einerseits die vorhandenen Vernetzungsstrukturen dargestellt und das Zusammenspiel verschiedener Bereiche und der Austausch zwischen Einrichtungen verstärkt werden. Andererseits müsse eine Zielvorgabe erarbeitet werden, die den gewünschten Nutzen und Effekt des Vernetzungskonzeptes festlegt.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde ausgeführt, dass der vorgelegte Antrag insbesondere ein über die Absichtserklärung des Sozialausschusses vom 04.03.04 hinausgehendes „Vorankommen“ in der Sache bezwecke und jetzt von den politischen Gremien ein wegweisendes Signal an die Verwaltung gegeben werden solle. Die Vernetzung, die momentan nur vom Rathaus nach außen geschehe, solle durch ein weiter reichendes Netzwerk verstärkt werden.

Der Ausschuss war sich in der positiven Bewertung des Vernetzungsgedankens grundsätzlich einig; allerdings wurde die Notwendigkeit der im SPD-Antrag geforderten Beratung und Begleitung durch einen externen Moderator in Frage gestellt. Für und Wider eines solchen Einsatzes wurden intensiv diskutiert. Stadtjugendpfleger Hölzer erklärte, dass seiner Ansicht nach eine externe Moderation zwar sinnvoll sei, allerdings nicht sofort, sondern allenfalls erst in einem fortgeschrittenen Stadium der Konzepterarbeitung und sofern viele verschiedene Einrichtungen an den Konzeptarbeiten beteiligt werden sollen.

Nach ausführlicher Diskussion wurde zunächst über den Antrag der SPD- Fraktion und anschließend über den Antrag der Verwaltung abgestimmt.

Der Sozialausschuss lehnte mit 2 : 7 Stimmen den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2004 ab.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Verwaltung mit der Gründung eines Referates Kinder, Jugend und Familie zu beauftragen, das dann in Zusammenarbeit mit den Jugendreferenten der Stadtratsfraktionen ein Vernetzungskonzept erarbeiten soll.

TOP 12 a

Verschiedenes;
Vergabe von Straßennamen

öffentlich

Im künftigen Einheimischen-Baugebiet Friedenseiche V werden zwei neue Straßenzüge entstehen, für die Straßennamen vergeben werden müssen.

Bürgermeister Brilmayer bat die Stadtratsfraktionen sich mit der Straßenbenennung zu befassen, damit spätestens im Frühjahr die Namen vergeben werden können. Vorab schlug er folgende Namen vor:

Elsa-Plach-Straße (oder –Weg)

Pfarrer-Grabmeier- Straße (oder –Weg)

Dem Protokoll ist eine Liste der bisher gesammelten Vorschläge für Straßennamen beige-fügt.

TOP 13Wünsche und Anfragen

öffentlich

- a) Stadträtin Warg-Portenlänger dankte für den Hinweis auf die diesjährige Bürgerversammlung in den Ortseingangstafeln, den sie angeregt hatte.
- b) Stadträtin Warg-Portenlänger bat die Gebühren für die Angebote der Umweltstation im Rahmen des Ferienprogramms zu überdenken; sie seien heuer durchweg zu teuer gewesen.
Stadtyugendpfleger Hölzer erklärte, dass dies an den Betreuungskräften liege, die nicht ehrenamtlich sondern auf Honorarbasis tätig seien.

Stadträtin Warg-Portenlänger regte daraufhin an, ehrenamtliche Kräfte für die Durchführung der Angebote zu suchen.

- c) Stadtrat Schechner A. stellte fest, dass derzeit zahlreiche Straßenlampen in Ebersberg bereits seit längerer Zeit defekt seien und nicht repariert würden.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, dass aufgrund eines neuen Vertrages mit E.O.N. momentan reihum alle Leuchten und Gläser ausgewechselt werden. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Künftig werden defekte Lampen im 14-tägigen Turnus ausgewechselt werden.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 20.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.20 Uhr

Es folgte keine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin